

SED-Miliz als Hilfspolizei

Die Aufgaben der „Kampfgruppen“ — Nicht nur Betriebsschutz

Berlin (Eigenbericht). Als nach dem IV. SED-Parteitag die SED-„Kampfgruppen“ zum ersten Male im Demonstrationszug marschierten, hatte die Partei damit auch ihre bisher krampfhaft getarnte Bewaffnung öffentlich legalisiert. Inzwischen sind Einzelheiten bekannt geworden, die der Bewaffnung von SED-Funktionären einen größeren politischen Rahmen geben und beweisen, daß die „Kampfgruppen“ keinesfalls nur als eine Art „erweiterter Betriebsschutz“ anzusehen sind. Sie bilden vielmehr die Parteireserve von Volkspolizei und Staatssicherheitsdienst, denen sie im Ernstfall unterstellt werden sollen.

Die „KGs“, wie sie kurz genannt werden, sind bereits im vergangenen Herbst aufgestellt worden. Man berücksichtigte dabei vor allem die Erfahrungen des Juni-Aufstandes. Die aktivsten Mitglieder der Parteiorganisationen in Betrieben und Verwaltungen bilden die „Kampfgruppen“.

Zur Tarnung ihrer Ausbildung werden sie offiziell als Angehörige der „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST) geführt. Tatsächlich hat die GST keine Befehlsgewalt über diese bewaffneten Gruppen, denen neuerdings auch parteilose, aber aktive FDGB-Mitglieder angegliedert sind.

Die Kampfgruppen sollen bei Streiks, Unruhen und außerdem zur Unterstützung „aller Aktionen der Staatsorgane“ eingesetzt werden.

Wenn es z. B. in einem Großbetrieb nach einer Debatte über Normerhöhungen zu Verhaftungen durch den SSD kommen sollte und die Arbeiter sich gegen die Staatssicherheitsbeamten wenden, würden diese Kampfgruppen gegen ihre eigenen Arbeitskollegen einschreiten und den Rückzug der SSD-Leute decken müssen.

Alte Wehrmachtswaffen

Die Waffen der Kampfgruppen werden unter Obhut des Parteisekretärs stets in einem

besonders gesicherten Raum aufbewahrt. Meist sind es alte Wehrmachtswaffen, Pistolen 08, Karabiner 98 K, aber auch teilweise bereits Maschinenpistolen. Wo diese Waffen nicht ausreichen oder aus anderen Gründen nicht ausgegeben werden können, haben die Gruppen Kleinkaliber-Einzellader Modell K 110 bekommen. Die Geschosse dieser Waffen sollen eine gefährliche Wirkung haben.

Aufschlußreiche Instruktionen

Aufschlußreich sind die Instruktionen, mit denen die SED ihre Kampfgruppen auf den Einsatz vorbereitet. „Streik ist als feindliche Handlung anzusehen“, heißt es z. B., „alle volkseigenen Betriebe gehören den Arbeitern, so daß ein Streik nur von feindlichen Elementen ausgerufen werden kann. Gegen diese geht die KG rücksichtslos vor“, über den Waffengebrauch heißt es: „Den Feuerbefehl gibt der KG-Führer. Ist dieser verhindert oder kann die Lage nicht übersehen, macht jedes KG-Mitglied im Fall der Notwehr von der Waffe selbständig Gebrauch.“ Wo die Notwehr beginnt, wird nicht gesagt. „Festgenommene Personen gehen an die Staatsorgane, sobald diese eingetroffen sind. Bei Fluchtversuch wird geschossen.“

Obwohl alle Kampfgruppen eine direkte Telefonverbindung zum Einsatzstab der Volkspolizei haben und Schnellkommandos der VP-Inspektionen ihnen im Ernstfall sofort zur Hilfe kommen sollen, hat die SED in allen Betrieben größere Lebensmittellager angelegt.

Streikbrecher-Kommandos

Soweit die KG-Mitglieder Arbeiter sind, sehen sie diese Vorbereitungen mit großer Sorge. Selbst linientreue Genossen sträuben sich gegen die Rolle, Mitglieder von Streikbrecherkommandos und einer Parteimiliz zu sein. Dazu kommt, daß die Kampfgruppen im Ernstfall auch noch den Straßenschutz von Parteigebäuden, Gefängnissen und SSD-Gebäuden übernehmen sollen.

Nachdem die SED ihre Kampfgruppen „legalisiert“ hat, will sie jetzt auch noch den Versuch unternehmen, sie populär zu machen. Dazu soll wieder einmal eine Kampagne der SED-Presse dienen, bei der von „Agenten und Saboteuren“ berichtet wird. In diesem Zusammenhang kam der Brand des Rathauses von Wittstock, bei dem das 700jährige Rathaus durch Unachtsamkeit von KG-Leuten abbrannte und die im Rathaus eingelagerte Munitionsreserve in die Luft flog, der SED sehr ungelogen.

Die neue Propaganda-Aktion für die Kampfgruppen soll im übrigen nicht nur der Bevölkerung, sondern auch den KG-Mitgliedern selbst klarmachen, warum es in Ostberlin und in der Zone überhaupt bewaffnete Parteiformationen geben muß. In Kürze sollen die Kampfgruppen zum ersten Male bewaffnet aufmarschieren.

J. B. Gradl

Hoffen und Handeln

Wieder einmal werden die Mächtigen dieser Erde sich an einen runden Tisch setzen, um Wege aus den Nöten und Gefahren der kalten und der heißen Kriege zu suchen. Wie Weihnachten im Schatten der Berliner Konferenz lag — man kann leider nicht sagen, daß die Konferenz dann vom Lichte der Weihnacht und ihrer Friedensbotschaft erhellt war —, so fiel auf dieses Ostern der Schatten der Genfer Ostasienkonferenz. In Berlin konnte man sich nicht einigen; das einzige positive Ergebnis war der Beschluß einer neuen, eben der nun bevorstehenden Konferenz. Wird sie mehr Erfolg haben?

Wir wissen es nicht. Wir wissen nur, daß die Welt inzwischen noch trüber geworden ist. Daß die Menschheit als Ganzes noch nie so gefährdet war wie jetzt. Gewiß, es gab in der Geschichte immer einmal Zeiten der Verzweiflung. Wir wissen vom Untergang ganzer Völker und Kulturen aus allen Jahrtausenden erfaßter Geschichte. Aber diesmal ist es buchstäblich die ganze Menschheit, die ganze Welt, die sich in den zwei Lagern gegenübersteht.

Es hat Sinn

Muß man vor der Not, vor den drohenden Verhängnissen, vor ihrer scheinbaren Unentrinnbarkeit verzweifeln? Gerade Ostern will und kann uns davor bewahren. Es hat Sinn, zu beharren, zu widerstehen, zu ertragen, zu kämpfen. Der Sieg, der am Kreuz zu Golgatha und im Grabmal des Josef von Arimathäa errungen wurde, ist nicht nur ein Sieg für dieses irdische Leben, für diese Erde und für diese Zeit. Ein Sieg, der uns auch hoffen läßt.

Nichts gegen Zuversicht, aber mit ihr allein ist es nicht getan. Auch der Sieg von Golgatha mußte errungen werden, errungen durch Mühsal, Kampf und Opfer. Wir dürfen Zuversicht haben, wir dürfen hoffen, auch in den Dingen dieser Erde, aber

wir müssen das Unsere dazu tun, damit aus der Hoffnung eine Wirklichkeit wird. Das gilt für den einzelnen und ebenso für die Gemeinschaft.

Auch die Völker mit ihren Eigenheiten sind Kreaturen Gottes und haben damit unveräußerliche Rechte auf ein Leben eigener Art. Wir werden die Hoffnung nicht aufgeben, daß unserem Volk in absehbarer Zeit seine Grundrechte zurückgegeben werden. Aber was können wir tun, um diese Hoffnung zu realisieren?

Hinter uns haben wir den Zusammenbruch einer Hoffnung auf Viermächteverständigung über Deutschland. Vor uns eine Konferenz über zwar wichtige, aber ferne Fragen. Und daneben eine empfindliche Lähmung der europäischen Politik.

Auch andere Wege

Muß man also resignieren? Wir dürfen und werden es nicht tun. Allerdings werden wir bereit sein müssen, mit unseren Partnern andere Wege zu suchen und notfalls zu gehen. Vielleicht ist der Weg zu Europa über die militärische Fusion der EVG tatsächlich zu steil und zu rasch. Nicht so sehr für uns, die wir auf diesem Gebiet vom Nullpunkt kommen. Aber vielleicht für Frankreich.

Es ist ja nicht so, wie es manche Außenseiter darstellen, als ob es die Wahl nur zwischen der EVG und der Hilflosigkeit entwaffneter Neutralität gäbe. Sogar von französischer Seite sind andere Vorschläge zur gemeinsamen Sicherung (zum Beispiel General Weygand: koalitionsverbundene Nationalarmeen) gemacht worden, die als Alternativen durchaus erwägenswert sind. Worauf es ankommt, ist die Verteidigungsfähigkeit, auch die deutsche, endlich zu schaffen, um dem Osten die Verlockung zu Abenteuern nach Prager Muster zu nehmen und ihn so zu guten politischen Lösungen zu bewegen.

Aber mit Bedacht

Ohne Handeln bleibt das Hoffen Illusion. Aber natürlich muß es mit Bedacht geschehen, in voller Abwägung der heiklen Situation unseres Landes. Neuere wird in Westdeutsch-

land vereinzelt der Gedanke erörtert, ob nicht zwischen Bundesrepublik und Sowjetrußland irgendwie diplomatische Beziehungen eingeleitet werden sollten. Man könnte bitter antworten, die in der sowjetischen Besatzungszone drastisch exerzierten „Beziehungen“ seien alles andere als eine Empfehlung. Andererseits ist die Sowjetunion das Land, mit dem — da es Gewalt über achtzehn Millionen Deutsche hat — wir einer politischen Auseinandersetzung am wenigsten entgehen können. Unmittelbarer Meinungsaustausch — mag er noch so hart und unerfreulich im einzelnen dann verlaufen — wird deshalb auf die Dauer unvermeidlich sein.

Aber gegenwärtig ist die Zeit zweifellos dazu nicht reif. Kann man etwas von dem diplomatischen Kontakt mit einer Macht erhoffen, die unentwegt durch ihre Beauftragten in unserem eigenen Land das genaue Gegenteil von dem tun läßt, was wir vertreten und unabdingbar wollen? Pankow ist das Spiegelbild des Willens Moskaus und nichts ist geschehen, nicht einmal in den Alltäglichkeiten, was eine Spur von Ermütigung geben könnte.

Opfer und Mühsal werden von uns gefordert. Nicht nur materiell, sondern auch an Tätigkeit, Wachsamkeit, Aufgeschlossenheit. An Bereitschaft, bequeme Wege aufzugeben und andere zu wagen, wenn es nötig ist. In der vorösterlichen Liturgie wird auch jener alte biblische Text gelesen, der von den Schwierigkeiten und inneren Widerständen berichtet, die Moses in seinem Volke fand, als er es aus der ägyptischen Gefangenschaft in die Freiheit führte und ihm dabei die Entbehrungen des Wüstenmarsches auferlegen mußte. „Wären wir doch im Lande Ägypten gestorben. Dort saßen wir bei den Fleischtöpfen und konnten uns satt essen am Brote“, murrten die Menschen damals. Ist es heute viel anders? Und doch wird gerade der Mut zum Wagnis, die Entschlossenheit starken Willens und die Bereitschaft zu Opfern von uns aufzubringen sein. Wenn wir uns so bewähren, dann können wir Hoffnung haben.

Tag der deutschen Einheit

Bonn (DPA). Der Tag der deutschen Einheit wird auf Beschluß der Bundesregierung in diesem Jahr bereits am 16. Juni begangen, weil der 17. Juni auf den Fronleichnamstag fällt. Der 17. Juni war vom Bundestag im vergangenen Jahr zur Erinnerung an den Volksaufstand in der Sowjetzone zum gesetzlichen Feiertag erklärt worden. Wie ein Regierungssprecher in Bonn mitteilte, wird Bundeskanzler Dr. Adenauer in einer Feierstunde sprechen. Am 17. Juni selbst wird voraussichtlich in Berlin feierlich des Volksaufstandes gedacht werden.

Von Semjonow nichts Neues

Berlin (DPA). Der sowjetische Oberkommissar Semjonow hat in einem Schreiben an die westalliierten Oberkommissare seinen Vorschlag wiederholt, „gesamtdeutsche Komitees“ über innerdeutsche Verkehrs erleichterungen beraten zu lassen. Semjonow beantwortete damit in negativer Weise eine Note der Oberkommissare vom 17. März, in der sie zum zweiten Male Viermächtebesprechungen über Interzonen-Erleichterungen verlangt hatten.

Nun auch Heilwasser

Berlin (Eigenmeldung). Der Verkauf des Heil- und Brunnenswassers der bekannten Heilquellen im Gebiet der Zone soll jetzt von der HO übernommen werden.

Westberlin baute achtmal soviet

Berlin (Eigenmeldung). In Westberlin wurden im Wohnungsbauprogramm 1953 achtmal soviet Wohnungen gebaut wie im gleichen Zeitraum im Ostsektor. Dieser Vergleich ist jetzt möglich, nachdem auf der 6. Tagung des „Nationalen Komitees für den Neuaufbau der deutschen Hauptstadt“ der erste Vorsitzende des kommunistischen Komitees, Paul Walter, erstmalig Zahlen über den Wohnungsbau in Ostberlin mitteilte.

Während in Westberlin 1953 rund 15 000 Wohnungen gebaut

Schluß mit Menschenraub!

Protestkundgebungen gegen Wollweber-Methoden

Berlin (Eigenmeldung). Tausende von Berlinern, Bewohnern der Sowjetzone und des Bundesgebietes protestierten in Kundgebungen in Berlin und Frankfurt/M. gegen die gewaltsame Entführung des führenden Exilrussen Dr. Truchnowitsch aus Westberlin, von dem das Pan-kower Innenministerium behauptet, er sei freiwillig in den Ostsektor gegangen und habe „einen Westberliner Agenten“ mitgebracht.

Dr. Truchnowitsch war führendes Mitglied der russischen Emigrantenorganisation NTS und Leiter der russischen Flüchtlingsstelle in Westberlin. Die bisherigen polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß er gewaltsam entführt worden ist. In der Westberliner Wohnung, aus der er verschwand, hat ein heftiger Kampf stattgefunden. Es besteht der dringende Verdacht, daß der Wohnungsinhaber, Gläske, an der Verschleppung

beteiligt war. Er ist zusammen mit Truchnowitsch verschwunden. Die Westberliner Kommandanten haben von den Sowjets die Auslieferung der beiden Verschwundenen gefordert.

Wieder einmal ist mitten unter uns das geschehen, was die Bevölkerung mit Recht mehr erregt als all die sonstigen Verbrechen, die überall in der Welt zu registrieren sind. Während „nach außenhin“ sich das östliche System verstärkt den Anschein der Gesetzlichkeit und Loyalität zu geben versucht, arbeitet sein politischer Untergrund: rücksichtslos, skrupellos, mitleidlos.

Wer wen entführte, wer von wem entführt wurde — das interessiert erst in zweiter Hinsicht. Primär ist: Das Wollweber-System, legitime Mißgeburt des Berija-Zaisser-Systems, hat sich jedenfalls soeben wieder sehr deutlich zu erkennen gegeben.

SSD-Agentennetz aufgedeckt

Bundeskriminalamt führt Ermittlungen

Hannover (AP). Zur Aufdeckung eines sowjetzonalen Agentennetzes hat die bereits am 26. November 1953 in Hannover erfolgte Festnahme des 43jährigen SSD-Agenten Albin Rose geführt. Dies teilte die hannoversche Kriminalpolizei mit.

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe erklärte, daß Rose bei seinen Vernehmungen die Namen verschiedener Komplizen preisgegeben habe.

In Hannover war bekannt-

gegeben worden, daß Rose und seine Komplizen im Auftrage der Operationsabteilung des SSD versucht hätten, Informationen über den Aufbau des Bundesgrenzschutzes zu beschaffen. Die weiteren Ermittlungen würden jetzt vom Bundeskriminalamt geführt.

Berlin steht für Deutschland

Berlin (Eigenmeldung). Im Mittelpunkt des Parteitages der Berliner CDU, der am 8. und 9. Mai stattfindet, stehen ein Referat des Regierenden Bürgermeisters Dr. Schreiber über das Thema „Berlin steht für Deutschland“ und eine Rede des Geschäftsführers der CDU-Bundestagsfraktion, Dr. Heinrich Krone, über „Berlin und die Zone — nach wie vor erste Aufgabe deutscher Politik“.

Auf dem Platz der Republik

Berlin (Eigenmeldung). Die Großkundgebung der Berliner Bevölkerung aus Anlaß des 1. Mai findet auch in diesem Jahre auf dem Platz der Republik statt. Die Kundgebung beginnt um 10 Uhr und endet um 11.30 Uhr.

Mit Geheimakten geflüchtet

Chef des Sowjet-Spionagetzes in Australien

Canberra (AP). Der dritte Sekretär der sowjetischen Botschaft in Canberra, Petrow, ist unter Mitnahme wichtiger Geheimakten aus der Botschaft geflüchtet und hat von der australischen Regierung Asyl erhalten. Petrow, der für den sowjetischen Geheimdienst arbeitete, unterstand dem sowjetischen Spionagetz in Australien. Er ist über alle internen Vorgänge in der Sowjetdiplomatie bestens informiert.

Petrow hat der australischen Regierung den gesamten Inhalt eines Geheimsafes der sowjetischen Botschaft übergeben. Die Dokumente enthalten u. a. auch die Namen jener Australier, die für die sowjetische Spionage arbeiteten.

Petrow hat außerdem 30 Australier genannt, die mit ihm zusammengearbeitet haben. Die Namen werden noch geheimgehalten, doch sollen sich einflußreiche Persönlichkeiten unter ihnen befinden.

Petrow faßte seinen Entschluß zehn Tage vor Beendigung seiner Amtszeit in Australien. Seine Flucht ist die zweite große Geheimdienst in den letzten drei Monaten im Fernen Osten erlitten hat. Erst Ende Januar war der zweite Sekretär der sowjetischen Mission in Tokio, Rastoworow, der die Sowjet-spionage in Japan leitete, zu den Amerikanern übergegangen.

Im letzten Augenblick gelang es den australischen Behörden noch, Petrows Gattin vor der

Entführung nach Moskau zu retten.

Sie war zunächst in der sowjetischen Botschaft festgehalten worden und mußte erklären, daß sie nach Moskau zurückkehren wolle. Zwei bewaffnete sowjetische Botschaftsangehörige brachten sie zum fahrplanmäßigen Flugzeug auf dem

Flughafen von Sydney. Es kam dort zu turbulenten Szenen, weil eine große Menschenmenge auf die Sowjets eindrang in dem Gefühl, eine Entführung verhindern zu müssen. Die Sowjets bestiegen mit Frau Petrow das Flugzeug.

Im Flugzeug gelang es der Diplomatenfrau jedoch, einer Stewardess zuzuflüstern, daß sie gar nicht nach Moskau reisen, sondern in Australien bleiben wolle. Bei einer Zwischenlandung in Darwin fragte ein Regierungsvertreter Frau Petrow, ob sie in Australien bleiben wolle. Sie wiederholte ihren Wunsch trotz des Protestes ihrer sowjetischen Begleiter und erhielt sofort Asylrecht.

US-Garantie für Europa

Washington (DPA/AP). Wenige Tage vor der Genfer Außenministerkonferenz, auf der die Sowjetunion wahrscheinlich erneut die europäische Sicherheitsfrage aufrollen wird, haben die USA eine Garantie-Erklärung für die geplante EVG abgegeben.

Die wichtigsten Punkte darin sind:

1. Die USA werden auch in Zukunft in Europa einschließlich Westdeutschland Streitkräfte „in angemessener Zahl“ unterhalten, soweit dies für die gemeinsame Sicherheit des nord-

atlantischen Gebiets erforderlich ist und solange die Bedrohung dieses Gebiets anhält.

2. Die USA werden für die engstmögliche Integration zwischen den EVG-Streitkräften auf der einen und den Streitkräften der USA und der NATO auf der anderen Seite eintreten.

3. Die USA werden jede Aktion, „von welcher Seite sie auch kommen mag“, gegen die Unversehrtheit und Einigkeit der EVG als eine Bedrohung der Sicherheit der USA betrachten.

Neuer Machtkampf in Moskau?

New York (AP) Westliche Diplomaten in Moskau sind der Ansicht, daß die gegenwärtige „kollektive Führung“ des sowjetischen Reiches und der bolschewistischen Partei durch Malenkow, Molotow und Chruschtschew nicht mehr lange bestehen wird.

Ein hoher westlicher Beamter, der nach langjährigem Aufenthalt in Moskau jetzt in New York eintraf, sagte, daß sich Chruschtschew immer mehr in den Vordergrund spiele und daß es früher oder später zu einer Auseinandersetzung zwischen ihm und Malenkow kommen müsse. Noch wisse niemand, wer auf wessen Seite stehe und wie sich insbesondere die Rote Armee verhalte.

Asien-Pakt gewinnt Gestalt

Paris (AP/DPA). Großbritannien und Frankreich haben sich bereit erklärt, mit allen interessierten Staaten die Möglichkeit eines südostasiatischen Verteidigungssystems nach dem Muster der NATO zu prüfen. Dies ist das Ergebnis des vier-tägigen Blitzbesuches des amerikanischen Außenministers Dulles in London und Paris. Der Außenminister ist inzwischen nach Washington zurückgefliegen.

Die Verhandlungen über den südostasiatischen Verteidigungspakt werden voraussichtlich noch vor der Genfer Konferenz beginnen, auf besonderen Wunsch Frankreichs und Großbritanniens aber nicht vor

dem Ende der Konferenz abgeschlossen werden. In dem französisch-amerikanischen Communiqué wird ausdrücklich festgestellt, daß die Wiederherstellung des Friedens in Indochina das Hauptziel der Genfer Konferenz sein müsse, und der Erfolg derartiger Bemühungen von der Solidarität der Westmächte abhängen.

Mit den Besprechungen über den Pakt haben sich auch Australien und Neuseeland einverstanden erklärt.

Ein hoher Beamter des US-Außenministeriums erklärte in Washington, die Westmächte müßten bereit sein, die „ernstesten Risiken“ auf sich zu nehmen, um die südostasiatischen Länder zu schützen.

Ein „Staat“ ohne Loyalität

Die Grundlagen der modernen Gesellschaft in der Zone zerstört

Dem Gesamtkomplex „Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit in der sowjetischen Besatzungszone“ widmete Professor Dr. Martin Draht, Professor der Freien Universität und Richter beim Bundesverfassungsgericht, eine bedeutende Studie (Auslieferung; Deutscher Bundesverlag, Bonn). Er unterzieht darin die sowjetzonal Spaltung zwischen Recht und Wirklichkeit sowie ihre Folgen einer rechtswissenschaftlichen Analyse, die ebenso sachlich wie vernichtend ist. Gekürzt geben wir aus seiner Untersuchung den Abschnitt wieder, der sich mit dem Problem der Loyalität im Herrschaftssystem der sowjetischen Besatzungszone befaßt.

Wo die Staatspolitik getragen wird von der Billigung der Bürger, bedarf es weder der Propaganda noch des Einsatzes staatlicher Organisation, der Macht und des Zwanges. In der neuen Entwicklung haben deshalb alle Völker Herrschaftssysteme entwickelt, die von der Billigung der Bürger getragen werden können, ja, bei denen die Herrschaftspositionen nur auf Grund des Willens der Bürger besetzt werden, die Herrschaft also unter einer mindestens grundsätzlichen Kontrolle der Bürger ausgeübt wird. Die Herrschaftsfunktion ist im komplizierten modernen Zusammenleben unvermeidlich; daß ihre Ausübung im ganzen immer wieder gebunden bleibt an die prinzipielle Zustimmung der Bürger, ist der Zweck und weitgehend auch der Erfolg des Repräsentationssystems. Voraussetzung seines Funktionierens ist umfassende Freiheit in der Gesellschaft: Freiheit der Vereinigung, Freiheit der Information, Freiheit der Versammlung und Freiheit der Rede, — Freiheit der Person also im umfassenden Sinne.

Die Funktion der Freiheit

Auch die sowjetzonale Verfassung macht sich die gesellschaftliche Erfahrung zunutze, daß nur ein Herrschaftssystem auf der Grundlage der Volksrepräsentation heute noch erträglich ist. Sie formuliert ferner ihre Grundrechte weitgehend ähnlich den unsrigen. Wenn jedoch die Freiheit, die das Verfassungsrecht verheißt, in der Verfassungswirklichkeit allenthalben fehlt, so ist das nicht etwa ein Mangel, der auf die Organisation und das Funktionieren der Staatsgewalt ohne Einfluß bliebe, sozusagen

nur eine bedauerliche Situation für das Individuum. Vielmehr zeigt sich hier, in welchem Grade eine moderne Wirtschaft, eine moderne Gesellschaft und ein moderner Staat auf Freiheit angewiesen sind, nämlich auf Freiheit als die Quelle für diejenige Stabilität und Initiative, die zur Aktivität in Staat und Gesellschaft, überhaupt zur Existenz beider auf die Dauer unentbehrlich sind.

Es werden also die Grundlagen der modernen Gesellschaft selbst zerstört, wenn man diese ihre Triebkräfte zerstört, „Staat“ und „Gesellschaft“ werden selbst etwas anderes, und durch die Beibehaltung dieser Vokabeln wird höchstens verdeckt, daß es sich um neuartige Strukturen des menschlichen Lebens und seiner Organisation handelt.

Am deutlichsten zeigt sich das heute an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Sowjetzone. Kein System der Statistiken, Berichte und Abrechnungen, der Überwachung, Kontrolle und Aktivierung kann die freiwillige Mitarbeit, also das freiwillige Sicheinordnen voll ersetzen. Das aber setzt voraus, daß die Menschen diese Ordnung bejahen können. Mit dem Fehlen einer stabilen, gültigen Ordnung tritt eine Selbstzersetzung innerhalb der Gesellschaft und sogar innerhalb des Staatsapparates ein, — auch in der gerade für die Sowjetzone so bedeutsamen Wirksamkeit des Staatsapparates im gesellschaftlichen Raum.

Alle Veränderungen, die die Verfassungswirklichkeit am Verfassungsrecht (der Zone) vorgenommen hat, ja, schon einzelne Besonderheiten des Verfassungsrechts selbst, sind Erscheinungen der modernen, auf

den heutigen sozialen Verhältnissen und Denkweisen beruhenden Form der Diktatur einer kleinen Herrschaftsgruppe, die vorgibt, der Diktatur des Proletariats zu dienen. Vor allem wird die reale Kontrolle des Volkes über seine Repräsentanten beseitigt. Staatliche Pressekontrolle, Lizenzierungszwang der Presse, Beschränkung der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, Manipulation und Überwachung des Parteiwesens bis hin zur Beseitigung jeder Wahl durch die Einheitsliste, — all das und manches andere mehr sind zusammenhängende und zusammengehörige Erscheinungen, die nur diesem Zwecke dienen.

Die Repräsentation, die das Verfassungsrecht fordert, ist ersetzt durch eine Fülle von Sicherungen, die die Wirksamkeit der Formen dieses Prinzips im Verfassungsleben und deren in die tatsächliche Wirksamkeit des gegenteiligen Prinzips der oligarchischen Herrschaft.

Denn das macht doch die wirkliche Repräsentation aus: daß in jedem größeren modernen Staatswesen bestimmte Herrschaftspositionen unvermeidlich sind, daß aber in Gestalt des Repräsentationssystems reale rechtliche und soziale Sicherungen eingebaut sind, die es verhindern, daß hieraus eine wirkliche, konstante Herrschaft einer Gruppe über das ganze Volk werden kann. So gehört also die wirkliche Freiheit der Kritik als notwendiger Bestandteil zum Repräsentationsprinzip. Eben dieses ist in der Sowjetzone nicht nur preisgegeben, sondern ins Gegenteil verwandelt.

Zwang als treibende Kraft

Wo das Repräsentationssystem nicht funktioniert, wo sogar von den Machthabern vorausgesetzt wird, daß alle gesellschaftlichen Vorbedingungen für sein Funktionieren nicht gegeben sind und nicht gegeben sein dürfen, so daß es gar nicht funktionieren kann, da wird

Fortsetzung auf Seite 6

Kampfschrift gegen das Christentum

Berlin (Eigenmeldung). Ein aus dem Russischen übersetztes Werk von Pawjolkina „Der religiöse Aberglaube und seine Schädlichkeit“ soll in Kürze im Ostberliner Dietz-Verlag erscheinen, der das offizielle Schrifttum der kommunistischen Staats- und Parteiführung herausgibt.

Die Kapitel dieses neuen anti-religiösen Werkes lauten u. a. „Die reaktionäre soziale Rolle der Religion“, „Die katholische Kirche im Dienst des Imperialismus“, „Die sozialen und erkenntnistheoretischen Wurzeln der Zählebigkeit der Religion“.

In der sowjetischen Zone setzt jetzt wieder eine verstärkte Propaganda für die materialistische Weltanschauung ein, der vermutlich die neue Kampfschrift dienen soll.

Das Ostbüro der CDU teilt mit:

Wir empfehlen, gegenüber nachstehend genannten Personen insbesondere in Gesprächen Vorsicht walten zu lassen, da die Genannten verdächtig erscheinen, mittelbar oder unmittelbar Kontakt mit den sogenannten staatlichen Sicherheitsorganen zu haben, für diese Zuträgerdienste zu leisten oder für diese zu arbeiten:

1. Schmidt, Kurt, etwa 30 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Bitterfeld, Mitglied der SED und Funktionär, zuletzt Postangestellter.
2. Steinbach, Lutz, etwa 25 Jahre alt, früher wohnhaft gewesen in Wittenberg, zuletzt wohnhaft in Eibenstein, Kreis Aue, Brühl 13, zuletzt tätig gewesen als Bergarbeiter.
3. Thiel, Ruth, etwa 25 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Rathenow, Kreis Westhavelland, Mitglied der SED und verschiedener Massenorganisationen, zuletzt tätig gewesen als Leiterin des Finanzamtes.
4. Vogel, Erich, etwa 50 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Eberswalde, Kreis Oberbarnim, Bromberger Straße, Mitglied der SED, von Beruf Schuhmacher, nach 1945 Angehöriger der Kripo gewesen, zuletzt tätig als Postangestellter.
5. Walter, Ernst, etwa 40 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Dömitz, Kreis Ludwigslust, Karl - Marx - Str. 8, Mitglied der SED und Stadtrat.

Gegen den Willen des Volkes

Fortsetzung von Seite 5

durch alle die Maßnahmen des Staates und der staatstragenden Partei nur immer wieder bestätigt, daß es nicht die Loyalität der Bürger ist, auf die sich diese Herrschaft stützen kann.

Gewiß kann kein Staat auf Zwang ganz verzichten. Die Frage ist nur, ob der Einsatz von Zwang und Macht die allgemeine Regel oder aber die Ausnahme darstellt. Dieser Unterschied ist keine Frage der Quantität, sondern der Qualität: Hiernach unterscheidet sich die Oligarchie von der Demokratie.

In der Sowjetzone sind die Grundlagen der bestehenden Gesellschaft nach allen Richtungen zersetzt, im Verhältnis der Bürger untereinander, unter den Angehörigen der „Elite“ in Partei, Gewerkschaft und selbst staatlicher Herrschaftsapparatur und schließlich auch im Verhältnis dieser „Elite“ zu den Bürgern und umgekehrt.

Um so zwingender ist die Notwendigkeit für die Machthaber, immer neue und straffere Weisungen zu erteilen, Organisationen zu schaffen, Berichtspflichten und Kontrollen einzuführen, immer wieder zur Wahrung und Hebung der Disziplin,

der Leistung, der Aktivität, der Initiative usw. — schon die Zahl dieser Formeln verrät ihre Abstumpfung — aufzufordern, schließlich immer härteren Zwang anzuwenden. Es fehlt die echte Legitimität der Befehle, ihre Einsichtigkeit und die Akzeption durch diejenigen, an die sie gerichtet sind.

Gegen den Willen des Volkes

Während die Masse der Bevölkerung zu Untertanen herabgedrückt worden ist, auf deren Loyalität gegenüber dem Herrschaftssystem es nicht einmal mehr ankommt, weil sie sowieso nicht erwartet werden kann, müssen sich innerhalb des Herrschaftsapparates selbst ganz besondere Techniken entwickeln, um mit diesem System der Illoyalität von oben fertig zu werden. Ein System der Abhängigkeit (auch in arbeitsrechtlicher Hinsicht), die Ausweglosigkeit der eigenen Situation (und bestünde sie nur im Genuß einer guten Staatsstellung, nach deren Verlust keine ähnliche zu finden sein würde), die Sorge vor Kontrolle und Bespitzelung treiben die große Masse der öffentlichen Bediensteten an, soweit sie nicht abgestumpft und mürrisch geworden, durch das bloße Darin-

stehen in solchem Apparat ihr Soll erfüllen. So beraubt sich das System selbst weitgehend seiner Wirksamkeit und Durchschlagskraft.

Wenn wir alles zusammenfassen wollen, so wüßten wir nichts Besseres zu sagen als:

Es handelt sich um ein Herrschaftssystem, das nicht auf der Loyalität der Bürger aufbaut, von dem vielmehr die Machthaber selbst wissen, daß es nicht dem Willen der Bürger entspricht, sondern daß sie selbst die Bürger zu Objekten ihrer Maßnahmen für Zwecke gemacht haben, die von diesen mißbilligt werden, und daß die durchsichtige Verschleierung mit einer Schein-Vertretung des Volkes keine echte Repräsentation ist und deshalb keinerlei Loyalität zu wecken vermag. Und es handelt sich um einen Herrschaftsapparat, der für die Erreichung der Staatsziele unter solchen Umständen um so autoritärer eingesetzt werden muß, innerhalb dessen aber die Machthaber selbst nicht volle Loyalität, sondern umgekehrt die Illoyalität jederzeit und bis in die obersten Funktionen voraussetzen, der auf dieser Voraussetzung aufgebaut ist und dessen Funktionen unter dieser Voraussetzung organisiert, kontrolliert und erzwungen wird.

Rote Seitensprünge

Haben Sie einmal einen Schokoladen-Weihnachtsmann auf den Ostertisch gestellt? Nein? Dann ist das ein Fehler. Denn wer solchen Unsinn nicht fertigbringt, der ist kein fortschrittlicher Mensch, der paßt nicht in die Planwirtschaft und den ideologischen Karteikasten.

All die roten Seitensprünge, die da täglich zwischen Pankow und Stalinstadt passieren, sind übrigens — wie fast alles, was die Planwirtschaft produziert — ein dürriger Ersatz. Weil echte Witze nicht gemacht werden dürfen und echter Humor nicht erlaubt ist, machen die Genossen selbst unfreiwillig Blödsinn.

Oder was dachten sie sich in Brandenburg, als die HO zu Ostern neben die Osterhasen bunten Weihnachtsbaumschmuck auf den Ladentisch legte? Wenn man nur zeigen wollte, was man so am Lager hat, hätte man ja auch gleich noch ein paar Birkenzweige, mit Lametta behängt, präsentieren können. Da schüttelte man selbst in der sonst gewiß an vieles gewöhnten Redaktion der „Märkischen Union“ den Kopf und schrieb: „Vielleicht soll der Christbaumschmuck den Osterhasen durch die Nase gezogen oder an die Ohren gesteckt werden?“

Warum auch nicht? Schließlich läuft ja Walter Ulbricht auch herum und behängt sich mit einer „Souveränität“, die für seine ganze Pankower Regierung so wenig paßt wie Weihnachtsnüsse zum Osterei.

In Karlshorst achtet man darauf, daß Pankow den „roten Kurs“ nun auch vollendet. Da hört man dann so am Rande, daß inzwischen alle Missionschefs und alle Angehörigen der Botschaften und Gesandtschaften der „DDR“ Mitglieder der SED sind. Bis zum letzten Chauffeur. Was ist das nun? Souveränität oder Demokratie? Ganz falsch: das ist Linie.

Viergleisiger Export

Berlin (Eigenmeldung). Das sowjetzonale Eisenbahnministerium hat einen Plan für den Ausbau der Strecken von Frankfurt/Oder nach Königsberg und nach Brest ausgearbeitet.

Erste Briefe aus Sibirien

Umänderungen in Kriegsgefangenen-Lagern

München (DPA). Nach sechs bis acht Jahren des Schweigens sind in den letzten Monaten zum erstenmal eigene Nachrichten von Zivilisten eingetroffen, die in der Sowjetzone und in den deutschen Ostgebieten verhaftet und in sowjetische, vor allem sibirische Zwangsarbeitslager gebracht werden sind. Dort wurde ihnen jetzt Schreiblaubnis erteilt. Das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene hat erste Lebenszeichen aus zahlreichen Lagern registriert.

Wie das Hilfswerk festgestellt hat, werden in den Kriegsgefangenenlagern der Sowjetunion große Umänderungen und Verlegungen vorgenommen. Offenbar sollen alle deutschen Gefangenen aus den bisherigen Lagern in den Raum Swerdlowsk im südlichen Ural verlegt und

alle Generale in Woikow bei Moskau zusammengezogen werden. Das Hilfswerk hofft, daß diese Maßnahmen die Zusammenstellung weiterer Rücktransporte organisatorisch vorbereiten sollen. Allerdings habe es den Anschein, als ob die Verlegungen zunächst einmal neue Transporte verzögerten.

Die Rache der SED

Berlin (DPA). Fünf leitende Mitarbeiter sowie fünf Angestellte der Stadtverwaltung von Eisleben wurden, nach einer Mitteilung des Untersuchungsausschusses freihändlerischer Juristen, vom Staatssicherheitsdienst verhaftet. Sie sollen die Aufdeckung eines Korruptions-skandales veranlaßt und dadurch führende SED-Funktionäre kompromittiert haben. Die meisten der Verhafteten gehören der LDP an.

Siedlung im Sudetenland

Experimentierfeld kommunistischer Bevölkerungspolitik

Die Wiederbesiedlung der sudetendeutschen Gebiete, die nach der Vertreibung der Sudetendeutschen in weiten Regionen vollkommen menschenleer geworden sind, geht nur allmählich vor sich. Der Grund dafür ist vor allem darin zu suchen, daß die Tschechen, zum Unterschied von den Polen, selbst keine Vertriebenenbevölkerung haben, die sie in die sudetendeutschen Gebiete schicken könnten.

Durch drakonische Zwangsmaßnahmen wurden die alttschechischen Bezirke bis zu einem Viertel ihrer früheren Bevölkerung entblößt, um die sudetendeutschen Gebiete wenigstens einigermaßen zu besiedeln. Da auch diese Volkskräfte bei weitem nicht ausreichten, wurden mehrere hunderttausend Slowaken, zum Teil unter Zwang, in die verlassenen Gebiete gebracht.

Die neue Bevölkerung ist somit bunt zusammengewürfelt. Die Menschen haben das Gefühl, in der Fremde zu leben und ihrer eigenen Heimat entwurzt

zu sein. Sie haben keine Beziehung zu der ihnen fremden Umwelt, nicht einmal engere Bindungen untereinander.

Es ist den Tschechen nach ihren eigenen statistischen Angaben bis jetzt nur gelungen, die früheren sudetendeutschen Regierungsbezirke Eger, Karlsbad und Troppau etwa zur Hälfte und den Außiger Regierungsbezirk zu etwa zwei Dritteln der früheren Bevölkerungszahl aufzufüllen. Ursprünglich, und noch während der Austreibung der Sudetendeutschen, versprachen sich die Tschechen einen vollkommenen Nationalisierungsprozeß. Sie wollten das gesamte sudetendeutsche Gebiet planmäßig tschechisieren. Aber schon nach kurzer Zeit, noch lange vor der kommunistischen Machtergreifung, trat ein Wandel ein, der sich mit der radikalen Auswechslung der führenden Nationaltschechen durch kommunistische Vertrauensmänner ankündigte. Auf diese Weise wurden die entvölkerten Gebiete zum ersten bevölkerungspolitischen Experimentierfeld des Kommunismus in Mitteleuropa.

Neue Häuser auf Helgoland

Wieder Badebetrieb — Moderne Anlagen

Die Insel Helgoland ist endlich entrümmert. Dem Wiederaufbau neuer Siedlungen steht nichts mehr im Wege. Schon demnächst können 300 Helgoländer in ihre Heimat zurückkehren. Die ersten der neuen „Versuchswohnungen“ — 30 Häuser, die nach modernsten und zugleich echt helgoländischen Gesichtspunkten errichtet wurden — sind bereits bezugsfertig.

Noch im Frühjahr wird der Bau der neuen Landungsbrücke angepackt, die dazu beitragen soll, den früheren „Helgoland-Betrieb“ wiederherzustellen. Man rechnet damit, daß zum Beginn der Saison 1955 hier wie früher wieder ein- und ausgebootet werden kann. Schon in diesem Jahr erwarten die Helgoländer jedoch einen recht umfangreichen Badebetrieb am Dünenstrand.

Zu den ersten Bauten, die noch im Sommer 1954 auf Helgoland errichtet werden sollen, gehört ein Altersheim. Es wird auf dem „Mittelland“ stehen. Dieses neue Mittelland — zwischen Ober- und Unterland — wird ferner eine großräumige Terrassenanlage tragen, die mit breiter Promenade und hübschen Aussichtsplätzen einer der schönsten Teile des neuen Helgoland werden soll. Auch ein Krankenhaus wird hier entstehen. Für Kurzwecke soll hingegen in erster Linie das Gelände im Nordwesten der Insel ausgebaut werden, wo auch Sportplätze und ein Schullandheim vorgesehen sind. Bis Ende April sollen schließlich noch 70 Hummerbuden fertig werden. Für Licht, Warm- und Kühlwasser in Wohnhäusern und Gaststätten wird ein hochmodernes Turbinenkraftwerk sorgen. Sämtliche Häuser werden durch Fernheizung warmgehalten werden.

Wenn alles weiterhin planmäßig abläuft, sollen außer den bezugsfertigen Versuchshäusern im Laufe des Sommers noch 50 Häuser fertig werden. Für

Dünen-Badegäste werden im Sommer 600 Zeltbetten zur Verfügung stehen. Insgesamt werden 80 000 Besucher erwartet, 20 000 mehr als im Vorjahr.

Haß schon im Kindergarten

Eine Analyse der pädagogischen Situation im sowjetisch besetzten deutschen Gebiet gab Prof. Dr. Möbus auf einem Vortragsabend zum dreijährigen Bestehen der Beratungsstelle für freiheitliche Erzieher.

Der gesamte Unterricht diene seit Jahr und Tag der Erziehung zur kommunistischen „Moral“, letzten Endes zum Sowjetmenschen. Das beginne, so sagte Prof. Möbus, bereits bei Dreijährigen im Kindergarten. In Spiel und Märchen werde Haß gegen die „Bösen“, nämlich die „Westlichen“, in die Kinderherzen gesät. Die Ferienveranstaltungen der Schulen ebenso wie die sowjetzonale Staatsjugend dienten dazu, die Kinder vom Elternhaus „fortzuziehen“.

Luftwaffen-Oberst hingerichtet

Berlin (DPA). Wegen angeblicher Spionage wurde, nach einer Meldung des Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen, der Oberst der Sowjetzonen-Luftwaffe Lange-Werner am 20. März in Dresden hingerichtet. Oberst Lange-Werner gehörte, der Meldung zufolge, zu der in Cottbus stationierten 1. Flieger-Division. Er wurde am 30. Oktober vergangenen Jahres zusammen mit sechs an-

Schüler Molotow

Berlin (DPA). Vier Schüler einer Ostberliner Grundschule in Berlin-Pankow haben nach einem Bericht des SED-Organs „Neuer Weg“ Berliner Außenministerkonferenz gespielt und dabei „Hetze gegen die Sowjetunion offenbart“. Jedes Kind habe einen der vier Außenminister dargestellt, und drei der vier Schüler hätten den sowjetischen Außenminister „in unfätiger Weise beschimpft“. Die Lehrer hätten erklärt, die Haltung der „westlichen Außenminister“ sei psychologisch durchaus verständlich gewesen.

deren Offizieren, Technikern und Unteroffizieren in einem Geheimprozeß im Kasino des Militärflugplatzes Cottbus verurteilt. Da die Existenz einer Sowjetzonen-Luftwaffe von den Machhabern nach wie vor geleugnet werde, seien die Verurteilten in einem über ADN verbreiteten Kommuniqué als „Bande“ hingestellt worden.

Für Opfer des Stalinismus

Bonn (DPA). Bundesvertriebenenminister Oberländer hat ein „Wiedergutmachungsgesetz für die Opfer des Stalinismus“ befürwortet, das die Entschädigung von politischen Häftlingen vorsehen soll.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.